



Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

<p>„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.</p>	<p>Redaktion und Expedition: Leipzig Seitzer Straße 52, IV., Volkshaus Telephonat 7505</p>	<p>Anzeigen: An Oebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige Zeilenzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.</p>
--	---	--

Nr. 40. Sonnabend, den 5. Oktober 1918. 22. Jahrgang.

Unser zukünftiges Arbeitsprogramm.

VII. Arbeitsvermittlung.
Die Arbeitsvermittlung wird für uns nach dem Kriege ein gutes Instrument sein, um den Verband noch mehr zu heben und festigen zu können. Wir haben auf die thätigen Spezialarbeiter einen sehr großen Einfluß und die Unternehmer werden es noch bereuen, daß sie in der Sitzung zu Berlin, am 26. April 1918, unsere Forderungen nicht abgelehnt. Am 1. September wurde in 47 größeren Betrieben die Arbeitsvermittlung bereits eingeführt. Nach und nach kann eine Erweiterung dieser Vermittlungsstellen stattfinden. Wir müßten dieses Instrument allerdings schon viel eher ausnützen.

VIII. Wahrung der Freizügigkeit.
In der Gartesteinindustrie besteht die Freizügigkeit nicht im vollen Umfange. In Schlefien, soweit die Granitindustrie in Betracht kommt, scheinen die Unternehmer eine Abmüdung gestiftet zu haben, daß sie gegenseitig keine Leute einstellen. Diese wirtschaftliche Rettung werden wir scharf bekämpfen.

IX. Belehrlingsfrage.
Wir müssen uns auch der Belehrlingsfrage annehmen, auch hierin dürfen wir uns nicht mehr ausschalten lassen. Es wäre zu fordern:
1. Die Einstellung eines Lehrlings für die Sandstein-Gruppe ist nur dann zulässig, wenn durch das Zeugnis eines Arztes dargetan wird, daß die körperliche Entwicklung eine Beschäftigung in dem Berufe, ohne Gefahr für die Gesundheit, zuläßt.
2. Die Belehrlingzeit soll bei den Steinmetzen in allen Gesteinsarten drei Jahre nicht übersteigen.
3. Um eine sachgemäße fachliche Ausbildung der Lehrlinge zu ermöglichen, sollen die Ortsverwaltungen unsere Forderungen berücksichtigen, daß ihnen zwecks gründlicher Ausbildung der Lehrlinge ein Ueberwachungsrecht eingeräumt wird.
4. Als besonders wichtig hat sich herausgestellt, daß in den ländlichen Steinbruchbezirken das Fortbildungs- und Fachschulwesen so ungenügend entwickelt ist. Es wird unsere Aufgabe sein, die Unternehmer wiederholt auf diese Zustände, die sehr der Verbesserung bedürftig sind, hinzuweisen. Es liegt auch im Interesse der Gesteinsarten, wenn der Nachwuchs in technischer Hinsicht eine gute Ausbildung genossen hat.

X. Förderung der Steinindustrie.
Es hat den Anschein, als wenn uns die Förderung der Natursteinindustrie nichts anginge. Nein, wir müssen auch dieser Frage einige Aufmerksamkeit widmen. Wir haben bei Verhandlungen mit den Unternehmern einen ganz anderen Resonanzboden, wenn wir auch dieses Gebiet beackern. Die Praxis hat dies schon zu Genüge gezeigt. In folgender Weise können wir tätig sein:
1. Es ist dahin zu wirken, daß bei Staats- und Kommunalbauten der Verstein wieder mehr zur Geltung kommt. Das Gewissen der Architekten muß immer wieder geschärft werden.
2. Die Behörden sind überhaupt zu drängen, daß die bereits projektierten Bauten bei Friedensschluß unverzüglich in Angriff genommen werden.
3. Auf die gesamten Schotter- und Pflastersteinbetriebe muß bei der Demobilisierung unter allen Umständen besonders Rücksicht genommen werden; die Facharbeiter sind frühzeitig zu entlassen. Siehe auch die Petition vom 27. Juni 1918 an die Kriegsministerien und anderen wichtigen Reichsämtern.
4. Es ist mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die deutschen Stadtverwaltungen in erster Linie deutsche Gesteinsmaterialien bestellen. Die weitere Zollfreie Einfuhr aus Skandinavien liegt nicht im Interesse der deutschen Pflastersteinmacher, wir kommen in diesem Falle als Produzenten in Betracht. Die Stadtverwaltungen Norddeutschlands sind uns bei der Vergabe von Pflastersteinlieferungen auch nicht im geringsten entgegen gekommen. Die großen Aufträge gingen vorwiegend nach dem Norden.
5. Oesterreich-Ungarn muß weiterhin beunruhigt werden, daß die geradezu unsinnig hohen Zollsätze für Werksteinarbeiten herabgesetzt werden. Diese Forderung steht mit der unter a) absolut nicht im Widerspruch.
6. Eine Erhöhung der Eisenbahntransportkosten für steinindustrielle Produkte soll nicht mehr stattfinden, vielmehr soll der Zementtarif herabgesetzt werden.
7. Alle Bestrebungen weiterhin zu unterstützen, welche sich etwa gegen die Verwendung des polierten Granits richten. Besonders scharf sind die dementsprechenden Friedhofsanordnungen zu bekämpfen.
8. Alle sachgewerblichen Bestrebungen sind zu fördern, die darauf hinführen, daß besonders in der Verstein- und Grabmalbranche nur Qualitätsarbeit geliefert wird.
9. Um die Schmutzkonkurrenz scharfsten zu bekämpfen, sollen im „Steinarbeiter“ geeignete Artikel erscheinen, denn es liegt nicht im Interesse der Berufscollegen, wenn durch starke Unterangebote die Lage der Steinindustrie noch mehr erschwert wird.
10. Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands erklärt sich bereit, mit den bestehenden Unternehmerverbänden in der Steinindustrie alles zu tun, womit die Natursteinindustrie praktisch gefördert werden kann. Beispielsweise könnte jetzt in Frage kommen, daß für die Verwendung des Kleinplasters eine energische Propaganda eingeleitet würde. Beim Ablassen von Eingaben und Petitionen müßte unserem Verbande selbstredend ein dementsprechender Einfluß bei der textlichen Abfassung eingeräumt werden. Sehr nötig ist es, die Behörden besonders auf das Daniederliegen der Sandsteinindustrie zu verweisen.
11. Beim Abschluß von Handelsverträgen ist, soweit die Steinindustrie in Frage kommt, unter allen Umständen zu verlangen, daß der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands frühzeitig, gutachtlich gehört wird.

XI. Vergabe von staatlichen und kommunalen Arbeiten.
1. Bei der Vergabe von größeren Steinlieferungen ist die Uebertragung an einem Generalunternehmer zu unterlassen. Soweit es die Gleichartigkeit des Materials zuläßt, sind die größeren Aufträge in Teillosen zu vergeben.
2. Bei den Pflastersteinvergaben, wo immerhin sehr große Quantitäten in Frage kommen, haben die Ausschreibungen recht frühzeitig zu erfolgen, damit die deutsche Steinindustrie, welche leidend die Wasserwege nicht so gut ausnützen kann als wie die Skandinavier, sich dementsprechend mit der Produktion und dem Transport auf dem Wasserwege einzurichten vermag.

3. Die Uebertragung staatlicher und kommunaler Aufträge erfolgt nur an solche Firmen, welche die Bundesratsverordnung und die übrigen Arbeiterbeschützbestimmungen in korrekter Weise einhalten. Desgleichen sollen bei der Zuschlagserteilung nur Firmen berücksichtigt werden, die mit ihren Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen haben und in ihren Betrieben entsprechend auch Kriegsbeschäftigte eingestellt haben.
4. Firmen, welche in bezug der Arbeitszeit, der Lohnfestsetzung oder gar der Ausübung des Koalitionsrechtes ihre Arbeiter unbillig halten, sind von der Uebertragung von Aufträgen ausgeschlossen.
5. Firmen, welche staatliche oder kommunale Aufträge erhalten, müssen unter allen Umständen verpflichtet werden, vorzugsweise deutsche Steinarbeiter zu beschäftigen. Ausländer sollen nur dann eingestellt werden, wenn es an einheimischen Arbeitern mangelt.

XII. Wohnungsfrage und Steinarbeiter.
Auch an der Wohnungsfrage kann unser Verband nicht mehr achtlos vorbeigehen. Die Gartesteinindustrie wird sich nach mehr großkapitalistisch entwickeln, die Steinbruchbezirke liegen meist auf dem Lande und in Gebirgsgegenden, so daß es unter normalen Verhältnissen schon an geeigneten Wohnungen fehlt. Die Folge war, daß die Kollegen sehr gerne die Kantinen und Wirtschaften aufsuchten und so dem Alkoholismus Vorschub geleistet wurde. Arbeiter und Unternehmer sollen deshalb unter Einziehung anderer sozialer Institutionen tatkräftig den Versuch unternehmen, Kleinwohnungen zu errichten. Wirklich musterträchtig wurde durch unsere Kollegen in dieser Hinsicht in den Orten Gäßlich (Schlesien) und Demitz (Sachsen) bereits geschaffen. Die organisierten Steinarbeiter müssen aber ganz entschieden dagegen auftreten, daß etwa seitens einzelner Unternehmer sogenannte Arbeiterkasernen errichtet werden, wo dann durch Mietsvertrag die Freizügigkeit der Arbeiter eingeschränkt wird.

XIII. Forderung an die Regierung.
Das vorgelegte Arbeitskammergesetz entspricht nicht den Erwartungen der organisierten Arbeiter. Unter allen Umständen ist die berufliche Gliederung, wie dieses der Regierungsentwurf vorseht, zu verwerfen. Der Arbeiterschaft soll man endlich die Selbstständigkeit einräumen, die anderen Ständen schon längst eingeräumt wurde. — An einer schnellen Erledigung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes in Preußen sind Behnstandende von Steinarbeitern stark interessiert. Mit Empörung nehmen unsere Kollegen wahr, daß die Lösung dieser wichtigen Frage seitens der Regierung immer wieder hinausgeschoben wurde und daß die konervative Mehrheit des preussischen Landtages es wagen kann, die Rechte des Volkes mit Füßen zu treten. Es muß Aufgabe der soeben gebildeten neuen Regierung sein, diese Frage schnellstens im Sinne des Volkes zu lösen. — Die Reichsverfassungsordnung ist ebenfalls sehr reformbedürftig, besonders in der Verwaltungseinrichtung ist den Arbeitern leider nicht der genügende Einfluß möglich. — Die organisierten Arbeiter werden alle Bestrebungen unterstützen, daß endlich die politische Gleichberechtigung auch für die unteren Volksschichten zur Durchführung gelangt. Der Krieg hat in tausendfältiger Weise gezeigt, daß gerade die Arbeiterschaft die größten Blutopfer zu tragen hat, und nur durch ihre Ausbauer, trotz der größten Entbehrungen, der Ansturm der gewaltigen Gegner bisher abgewehrt werden konnte. — Nun ist es endlich Zeit, die politische Gleichberechtigung im vollen Maße durchzuführen.

Zum Verbandstag.

Die vom Vorstand veröffentlichte Tagesordnung zum 7. Verbandstag erbringt eine Erörterung der Frage, ob die Abhaltung eines Verbandstages noch während der Dauer des Krieges wünschenswert erscheint. Die Klärung verschiedener Fragen ist ein dringendes Erfordernis und kann nicht bis nach Beendigung des Krieges aufgeschoben werden. Vom Verbandsvorstand wurde bisher leider oft der Standpunkt vertreten: „Man muß die Sache an sich heran kommen lassen!“ Dieser Standpunkt des Zauderns und der Unentschiedenheit hat uns in mancher Frage hinter anderen Verbänden nachhinken lassen. Dies darf angesichts der bevorstehenden Umstellung des gesamten Wirtschaftslebens auf die Friedens- und Uebergangswirtschaft nicht der Fall sein. Allerdings ist es richtig, daß ein großer Teil der Mitglieder als Kriegsteilnehmer nicht in der Lage ist, in erwünschter Weise an der Beratung der zur Entscheidung stehenden Fragen mitzuwirken. Das ist bedauerlich, darf uns aber nicht verleiten, die Hände in den Schoß zu legen. Gerade im Interesse unserer Kriegsteilnehmer ist es notwendig, unser Haus zu rufen. Darin muß der Leitern für Vorstand und Delegierte auf dem kommenden Verbandstag erblickt werden.

Den Blick auf die Zukunft gerichtet, verliert die Vergangenheit die Bedeutung. Bisher verbrauchten unsere Verbandstage zuviel kostbare Zeit mit der Debatte über den Vorstandsbericht. Das erfordert einen geringeren Aufwand von Geist als Bestformachen und die Zukunft aufzubauen, sieht aber furchtbar für sich aus. Es soll den Delegierten hieraus kein Vorwurf gemacht werden, denn sie stehen dabei meist unter dem Einfluß ihrer Wähler. Der Ernst der Zeit und die Bedeutung der Zukunft läßt mich aber an die Delegierten die dringende Bitte richten, mehr der Zukunft als der Vergangenheit zu gedenken. Die wichtigsten Beschlüsse dürfen diesmal nicht in der Ueberstürzung mit dem Meckeloffen in der Hand gefaßt werden. Ich will deshalb kein Wort über die Tätigkeit des Vorstandes während der Kriegszeit verlieren, obwohl mir manches nicht richtig erschien, was geschah, diemil ich vielleicht auch nicht fertig gebracht hätte, die Verhältnisse zu meistern und allen recht zu tun.

Eine der wichtigsten Fragen wird die Neuregelung des Unterstützungsanspruchs werden. Die Erhöhung der Unterstützungssätze ist eine notwendige Folge der Entwertung des Geldes, die auch nach dem Kriege bestehen bleiben wird. Daß damit eine Erhöhung der Beiträge verbunden sein muß, bedarf für keinen logisch Denkenden einer Begründung. Anträge, die verlangen, die Beitragserhöhung abzuschneiden, ohne gegen die Erhöhung der Unterstützungseinkommens zu erheben, können keinen Anspruch erheben, ernst genommen zu werden. Wenn die Zustimmung der Kriegsteilnehmer zur Beitragserhöhung erforderlich ist, dann müßte dies auch bezüglich der Neuordnung der Unterstützungssätze zutreffen. Ohne Deckung keine Leistung. Das sollte auch in Einbeziehung einleuchten.

Ebenso unmöglich ist es der Hauptkassse, höhere Unterstützungsätze auszuwerlegen und gleichzeitig ihren Anteil an den Beiträgen zu kürzen. Bei der von Klassen vorgeschlagenen Verteilung der Beiträge müßten die Lokalkassen ebenfalls drei Viertel der Unterstützung leisten. Dies würde zu Zuständen führen, wie bei der früheren Regelung der Reiseunterstützung. Die Bedeutung der vom Vorstand vorgeschlagenen Neuregelung der Unterstützung liegt in der Staffelung nach Beitragsklassen und Mitgliedsdauer. Will man nicht den Grundsatz gelten lassen, daß die Bedürftigkeit in jedem Unterstützungsfalle gleich groß ist und die Aufbringung der Mittel nach der Leistungsfähigkeit erfolgt, so muß man den vom Vorstand vorgeschlagenen und von den meist anderen Gewerkschaften schon länger beschrittenen Weg gehen. Der Unterstützungsanspruch der Mitglieder muß mit der Höheren und längeren Leistung der Mitglieder steigen. Dabei müssen die einzelnen Unterstützungssätze den besonderen Wirkungen der verschiedenen Ursachen der Einkommensminderung entsprechen. Am höchsten muß der Unterstützungssatz bei freiwilligem Verzicht auf Einkommen im Lohnlampe bemessen sein. Am nächsthöchsten muß der Betrag bei Arbeitslosigkeit sein, weil er die einzige Einnahmequelle bildet. Eine weitere Ermäßigung gestattet die reichsrechtliche Unterstützung bei Krankheit. Die Vorstandsvorlage ist nun selbstverständlicherweise nicht selbst aufdrängenden Erwägung leidet nicht gefolgt und bei ihrem Reformwert auf halbe Wege stehen gelassen. Die größere Bedürftigkeit des Arbeitslosen gegenüber dem Kranken unterliegt keinem Zweifel. Die Mehrbelastung kann nicht in Frage kommen. Der Vorstand nimmt selbst in der Begründung seiner Vorlage an, daß wir nach dem Kriege mit Arbeitslosigkeit nicht werden zu rechnen haben. Dem kann man im allgemeinen zustimmen. Trotz der günstigen Aussichten für die Steinindustrie im allgemeinen werden einzelne Mitglieder jedoch nicht unbedingt vor Arbeitslosigkeit gefeit bleiben. Diesen wenigen vom wirtschaftlichen Mißgeschick Betroffenen muß und kann dann aber auch eine höhere Unterstützung gewährt werden, als denen, die neben der Verbandskrankenunterstützung noch das reichsrechtliche Krankengeld beziehen. Damit wird unserem Unterstützungsweisen auch das „unbeweglich Starre“ genommen, das zu beilegen die Vorstandsvorlage anstreben will. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Trennung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung eine der allerwichtigsten Reformen sein wird, zu denen der Verband gezwungen sein wird. Die Neuordnung des Unterstützungsanspruchs bedingt erhebliche Veränderungen im Hauptbureau und in der Arbeit in den Betrieben. Warum nun aber zweimal diese Umwälzung des Apparates, die nur Kosten, Arbeit und Verdruss hervorruft. Die gesunde Erwägung und die Vorstandsvorlage drängen auf die Trennung der beiden Unterstützungsarten hin. Nichts spricht für die Gleichstellung. Die angebliche Kompliziertheit der Trennung kann beim Uebergang von der bisherigen Regelung zur vorgeschlagenen gar nicht in Frage kommen. Sie wird im Gegenteil erst eintreten und Verwirrung schaffen, wenn der nächste Verbandstag endlich beschließt, den anderen vorausgeleiteten Gewerkschaften zu folgen. Der Berliner Antrag scheint mir deshalb im Prinzip das Richtige zu treffen. Ob es möglich sein wird, in jedem einzelnen Falle die vorgeschlagenen Sätze durchzuführen, mache ich mir, als außerhalb der Verwaltung stehender, nicht an, zu entscheiden. Doch scheinen mir die Unterstützungssätze speziell für Großstadtbewohner bemessen, deren Durchführung auch eine besondere Großstadtbeitragsklasse bedingt. — Vor einer Verkürzung bzw. Aufhebung der Karenzzeiten möchte ich warnen. Die verhältnismäßig geringe wirtschaftliche Schädigung bei Erwerbsunfähigkeit, gleichgültig ob durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit bedingt, bis zu 3 Tagen ist wohl leichter zu ertragen vom einzelnen und steht in keinem Verhältnis zur Belastung der Hauptkassse mit der Gesamtarbeit der Unterstützung für diese Tage und der entfallenden Arbeit für Hauptvorstand und Zahlstellen. — Hat die Statutenberatungskommission die vorstehend skizzierten großen Gesichtspunkte im Auge, so wird es ihr leichter gelingen an der Hand der zahlenmäßigen Unterlagen eine Verständigung über die Höhe der Beitrags- und Unterstützungssätze herbeizuführen. Die übrigen beantragten Veränderungen zu diesem Punkte des Verbandstages sind demgegenüber unwesentlich.

Zum Punkt Tarifwesen liegen wiederum eine Anzahl Anträge vor, die sich in der Richtung der Beschlüsse früherer Verbandstage auf Schaffung von Einheits- bzw. Bezirksstarifen bewegen. Da das Interesse der soliden Unternehmer sich in der gleichen Richtung bewegen muß, wegen einheitlicher bestimmt befristeter Kalkulationsunterlagen, werden diese Bestrebungen bei sachgemäßer Bearbeitung durch den Verbandsvorstand zum gewünschten Ziele führen. Der gesamte Verlauf unserer Tarifbewegung zeigt auf dieses Ziel. Die neuesten Entwürfe der Einheitsstarifen für die Schleifereiindustrie und die bairische Versteinindustrie sind die letzten Etappen auf diesem Wege. Die Schaffung eines Einheitsstarifen für die Versteinindustrie des ganzen Reichsgebietes liegt durchaus im Rahmen der nächsten Möglichkeiten. In Uebereinstimmung der Ausführungen zu dieser Frage im „Arbeitsprogramm“, muß dem „Sachsentarif“ als Grundlage der Vorzug gegenüber allen anderen Tarifen gegeben werden. Leider hat der „Sunglauer Tarif“ bisher bei recht vielen Tarifen Pate gestanden und seine Mängel über einen großen Teil der deutschen Versteinindustrie verbreitet (Frankfurt, Mühlentailgebiet, Stragburg, Mühlentail i. U. u. d.). Es ist aber anzunehmen, daß die Vorzüge des „Sachsentarifes“ sich als heilig gegenüber der weiteren Verbreitung des „Sunglauer Tarifes“ erweisen werden. Neben der Berücksichtigung der übrigen im „Arbeitsprogramm“ aufgestellten Forderungen wird die Frage der Feuertarifen besondere Beachtung verdienen. Es handelt sich nicht nur um die schmerzliche Durchführung der „4 Feuerzulagen“. Wichtig ist die Umwandlung der Feuertarifen in entsprechende Erhöhung der Grundlöhne. Es besteht wohl nirgends mehr ein Zweifel, daß ein Abbau der Preise in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Wenn aber auch einzelne Artikel eine Preisermäßigung erfahren sollten, so kann dies noch lange nicht einen Grund zur Herabsetzung der Löhne bilden, da die bisherigen Zulagen bei weitem nicht der adäquanten Verteuerung der Lebenshaltung während des Krieges entsprechen. Gubr.

Der 7. Verbandstag wird sich, wenn auch mit weniger, so doch auch höchst wichtigen Anträgen befassen. Zur Vorstandsvorlage betreffend Statutenänderung soll an dieser Stelle wenig gesagt sein, wenn auch einige kleine Änderungen getroffen werden müssen.

Die erhöhten Postgebühren.

Am 1. Oktober trat wieder eine Erhöhung der Postgebühren in Kraft. Um unnötige Ausgaben für Straßporto zu vermeiden, werden die Bestimmungen und Mitglieder ersucht, nachstehendes genau zu beachten.

Dom 1. Oktober an gelten:

Briefe im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm	10 Pf.
über 20—250 Gramm	15 "
Briefe im Fernverkehr bis zu 20 Gramm	15 "
über 20—250 Gramm	25 "
(Höchstgewicht für Briefe ist 250 Gramm.)	
Postkarten im Ortsverkehr	7 1/2 Pf.
im Fernverkehr	10 "
Druckfachen bis 50 Gramm	5 "
über 50—100 Gramm	7 1/2 "
100—250 "	15 "
250—500 "	25 "
500—1000 "	35 "
(1000 Gramm ist Höchstgewicht für Druckfachen.)	
Geschäftspapiere bis 250 Gramm	15 "
über 250—500 Gramm	25 "
500—1000 "	35 "
(1000 Gramm ist Höchstgewicht für Geschäftspapiere.)	

Pakete bis zum Gewicht von 5 Kilogramm kosten in der ersten Zone (bis 75 Kilometer) 40 Pf., auf alle weiteren Entfernungen innerhalb Deutschlands 75 Pf.

Bei Paketen über 5 Kilogramm erhöht sich das Porto je nach Entfernung und dem Gewicht ganz außerordentlich, so daß z. B. ein Paket innerhalb der 6. Zone (über 1125 Kilometer) im Gewicht von 10 Kilogramm 3.50 Mk. kostet. Es empfiehlt sich daher, bei Sendungen über 5 Kilogramm lieber mehrere Pakete bis zu 5 Kilogramm zu machen.

Auch für Geldsendungen, Telegramme, Ferngespräche, Briefe mit Wertangaben und Warenproben sind die Postgebühren erhöht worden. Da jedoch diese Sendungen für unseren Verkehr weniger in Betracht kommen, empfiehlt es sich, in vorstehenden Fällen Auskunft bei den örtlichen Postämtern einzuholen.

Ferner möchten wir noch darauf hinweisen, daß den Druckfachen und Geschäftspapieren keine schriftlichen Mitteilungen beigelegt werden dürfen, und daß Geschäftspapiere und Druckfachen richtig frankiert sein müssen, da diese sonst nicht befördert werden.

Um gewissenhafte Beachtung des Vorstehenden bitten

Der Zentralvorstand

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Die Stimmwahlprotokolle müssen bis Montag, den 7. Oktober, eingelangt sein.

Arbeitsmarkt in der Steinindustrie.

Die Arbeitsvermittlungstelle Berlin sucht:
**10 Handhelfer auf Marmor,
2 Marmorsteinmehrer.**

Zu wenden an den Arbeitsnachweis der Steinarbeiter Otto Hirte, Berlin SW 16, Engelauer Nr. 151, Zimmer 7.

Anzeigen

Bei Arbeitsangeboten dürfen wir Hinweis auf Arbeitszeit, Lohn und eventuelle Verpflegung nicht bringen. Dieses den Herren Inserenten zur Kenntnisnahme.

Marmorschleifer

werden in dauernde Arbeit verlangt.

Stettiner Steinindustrie, G.m.b.H., Stettin

junger Steinmetz

der Granitschrift hauen kann.

P. Iversen, Stein- u. Bildhauerei, Sonderburg, Längang 1

Granit-Steinmetzer

für dauernde Arbeit gesucht.

R. Lauschke & Co., Granitwerk, Einbeck

Granit Schleifer und Hauener

sucht sofort

August Conradus, Granitwerke, Eisenad

Pflastersteinschläger

zur Herstellung von Reihen- u. Polygonal-Kleinpflaster u. Mosaik in einem leicht spaltbaren Melaphirgestein werden eingestellt.
Schlesische Hartstein-Industrie G. m. b. H., Tuntschendorf
Kreuz Neurode.

Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:

- Karl Gessler, 81 Jahre alt, a. d. Zahlst. 230/24.
- Karl Gillner, 37 Jahre alt, aus der Zahlst. 230/24.
- August Hardike, 33 Jhr. alt, a. d. Zahlst. 230/24.
- Wilhelm Heise, 33 Jhr. alt, a. d. Zahlst. 230/24.
- Hermann Hochgräber, 33 Jahre alt, aus der Zahlst. 230/24.
- Casper Kühle, 37 Jahre alt, aus d. Zahlst. Bremen.
- Alfred Paul, 24 Jhr. alt, a. d. Zahlst. 230/24 (Schl.).
- Paul Raupach, 35 Jhr. alt, a. d. Zahlst. 230/24 (Schl.).
- Karl Wischmann, 39 Jahre alt, a. d. Zahlst. 230/24.
- Hermann Zander, 37 Jhr. alt, a. d. Zahlst. 230/24.

Ehre ihrem Andenken!

(Wir ersuchen die Betreuungsstellen, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Lebensanlangenformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Lebensanlangen zur allgemeinen Statistik eingeleitet wurden.)

In Wolsleben am 1. September der Pflastersteinmacher

Karl Köhler, 38 Jahre alt, an Typhus.

Ehre seinem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staubinger, Berlin
Paul Starke, beide in Leipzig.
Kontaktsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Kaulstraße 1.

Der 1. Teil des Arbeitsprogramms ist nur zu billigen. Es ist gut, daß unsere Gegenwartsforderungen in übersichtlicher Weise zusammengestellt werden.

Eine wichtige Sache ist, daß die Berufskrankheit der Steinarbeiter, die Lungenentzündung, dem Unfallgefahr unterstellt wird. Nicht nur die Granitarbeiter werden von dieser Krankheit frühzeitig dahingerafft. In dem fast nur von Steinarbeitern bewohnten Ort Schmölln (Sachsen) waren im Jahre 1913 91 Witwen, deren Männer zum großen Teil dieser Krankheit zum Opfer gefallen waren, vorhanden. Diese Frauen sind dann auf sich selbst angewiesen; da sie, wenn nicht gänzlich invalide, eine Rente nicht erhalten können.

Wie weit reichen aber diese Renten der Invalidenkasse für einen verbrauchten Arbeiter oder eine Witwe?

Ein anderer Punkt ist weiter die Anstellung von Arbeiteraufsichtsbeamten in der Steinbruchergesellschaft. Hier werden auch Mittel und Wege auf dem Verbandstage erwogen werden müssen, um zum Ziele zu gelangen.

Der Einheitslohn der Löhne im Steinarbeiterberufe muß auch das Wort zur Tat anspornen. Für die Granitindustrie ist hierin noch viel zu schaffen.

Ueber die schwedische Pflastersteineinfuhr wird und muß es eine einigende Debatte geben. Die norddeutschen Städte haben auf unsere Steinindustrie leider keine Rücksicht genommen. Auf Grund dieser Benachteiligung müssen wir unseren früheren Standpunkt aufgeben.

Alle diese Punkte erfordern eine rege Aussprache und es ist notwendig, daß ein Verbandstag stattfindet, ganz abgesehen von den anderen wichtigen Punkten, die noch zu erledigen sind.

Alwin Schuster, Granitarbeiter, Demitz-Thumitz.

Zur 4. Teuerungszulage.

Demitz. Für den Lausiger Granitbezirk Demitz, Hauswalde, Kamenz, Häslich, Königsbrück wird eine weitere Zulage von 25 Proz. in 3 Staffeln ab 1. November bezahlt. Es werden 10 Proz. am 1. November, weitere 10 Proz. am 1. Januar und 5 Proz. am 1. Februar gewährt. Der Gesamtzuschlag beträgt damit 60 und 65 Proz.

Leppenhain. Im hiesigen Granitbezirk beträgt ab 1. Oktober die neue Zulage 10 Proz., dann kommen am 21. Dezember nochmals 5 Proz. hinzu. Im Odenwald-Bezirk werden dann erst 50 Proz. bezahlt. Die Kollegen sind über diese minimalen Zulagen geradezu empört.

Teuerungszulagen und Lohnstatistik.

Die beständige Steigerung der Lebensmittelpreise, die uneingeschränkte Preiswillkür für alle anderen Bedarfsartikel des täglichen Lebens, war sicherlich für unseren Verbandsvorstand Veranlassung, erneut mit einer Teuerungszulage an unsere Unternehmern heranzutreten. Eine sehr unangenehme und doch so notwendige Aufgabe. Zur Begründung wird von seiten unseres Vorstandes unter anderem darauf hingewiesen, daß laut der Reichsbuchschmittziffer der Kaufkraftindex für die Ernährung einer vierköpfigen Familie von 24.73 M. im Monat Juni 1914 auf 57.60 M. im gleichen Monat 1918 pro Woche gestiegen ist. Soweit die Lebensmittelpreise in Frage kommen, ist durch die amtlich festgesetzten Höchstpreise zwar eine gewisse Linie festgesetzt. Als Grundlage zur Bestimmung der Lohnhöhe können aber diese Höchstpreise nicht dienen. Wir alle wissen, daß hier die zugewiesenen Rationen nicht ausreichen. Ein bestimmter Prozentsatz muß also durch den Schleichhandel erworben werden. Auch die Geschäfte haben dies unumwunden zugegeben. Die Preise des Schleichhandels zu erfassen, wäre nutzlos. Das Freund- und Bekanntschaftsverhältnis, nicht zu vergessen das Abhängigkeitsverhältnis, spielen hier eine große Rolle. Letzten Endes gibt noch die Größe des Geldbestandes den Ausschlag. Wer kann heute widerstreiten, daß nicht das Ei für 30 Pf. zu 1 M. gekauft wird, daß nicht das Pfund Butter für 5—20 M. erstanden wird. Eier und Butter sind zwar heute auf dem Tisch des Arbeiters sehr selten gesehen. Aber wie hier mit den Eiern und der Butter, sieht es auch mit allen anderen Lebensmitteln, wie Kartoffeln, Weizen, Gemüse usw. Nehmen wir gleich noch einige Artikel, die im Haushalt sonst noch notwendig gebraucht werden. Ein Paar Lederhosen, die wir vor dem Kriege mit 12—15 M. bezahlten, kosten heute 65—70 M., der Sonntagsmantel kostete etwa 70 M., heute 300 M., ein blauer Arbeitsanzug kostete 8—10 M., heute 50—60 M., für Strümpfe, die wir vor dem Kriege mit 75 Pf. bis 1 M. bezahlten, sind heute 7—8 M. zu entrichten. Bei dieser Preissteigerung ist es ungemein schwer, eine Parallele für die Ein- und Ausgaben zu finden. Unsere Herren landwirtschaftlichen Erzeuger, die jetzt besonders gerne das Kapitel der hohen Arbeiterlöhne behandeln, um damit eine weitere Erzeugung ihrer Erzeugnisse zu erzielen, mögen sich hier die nackten Tatsachen etwas näher ansehen. Jedenfalls bleibt uns hier noch viel zu tun, bis wir unser Lohnniveau soweit haben, daß der Versorgung wieder eingeholt ist, den uns die Preissteigerungen vorgezeichnet haben. Sehr auffällig sind demgegenüber die Zahlen über die Lohnhöhe, die die Steinbruchs-Verbandsorganisation in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1917 veröffentlicht hat. Es heißt in jenem Bericht, daß die Löhne von 1188 M. im Jahre 1913 auf 1467 M. im Jahre 1917 gestiegen sind. Gegenüber 1913 war also ein Mehrerwerb von 279 M. im Jahre 1917 zu verzeichnen. Berücksichtigt man hier noch werden, daß wir Ende 1917 nahezu 3 1/2 Jahre Kriegsverlust für alle Bedarfsartikel hinter uns hatten. Die genannten Angaben der Steinbruchs-Verbandsorganisation lassen erst auch die Aufstellung des Mannheimer Stadtkonvents Perry über die Preissteigerung im Baugewerbe begründlich erscheinen. Nach der Berechnung Perry betrug die Preissteigerung im Baugewerbe für den Durchschnittsraumwert 94 Proz., bei Betonarbeiten 103 Proz., bei den Schmelzarbeiten 175 Proz., für die Steinmetzarbeiten dagegen nur 30 Proz. Vergleichen wir nun die früher einwandfrei darstellten der Steinbruchs-Verbandsorganisation und des Mannheimer Stadtkonvents mit den oben erwähnten Preisen für Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikeln, so müssen wir konstatieren, daß wir Steinarbeiter bei den Teuerungszulagen bis jetzt sehr schlecht abgeschnitten haben.

Wie kommt es aber, daß trotzdem in bürgerlichen Kreisen, nicht zu vergessen auch in der Arbeiterklasse, allgemein die Auffassung herrscht, daß die Industriearbeiter jetzt wahre Rumpelkammerlöhner verdienen? Es ist zur Genüge bekannt, daß die Preise heute eine große Rolle spielen. Die Preissteigerung bedingt durch die lange Dauer des Krieges eine geringe Minderung in der Kaufkraft aus Berlin. In Berlin und auch in anderen Großstädten ist es aber unter den jetzigen Verhältnissen begründlich, wenn einzelne Arbeiter, besonders Spezialarbeiter in der Metallindustrie höhere Löhne verdienen, die vielfach aber nur vielfach auf die den heutigen Ausgaben beruhen. Diese Einzelfälle von Verdiensten werden uns in der Preissteigerung vielfach ausgeglichen. Daß zur Erreichung dieser Löhne so und so viel Heberhunden gemacht werden müssen, das ist eine Sache, die Frauen und Kinder mitarbeiten müssen, wird dabei wohlweislich verschwiegen. Die Folge davon ist, daß nach der Preissteigerung diese für ihren Lebensunterhalt und die Versorgung nach Hause benötigt, daß die Einzelfälle in der Kaufkraft verschwinden werden. Dies wurde um so mehr erreicht, als durch den Krieg das Lebensniveau gesunken wurde. Die aus der Preissteigerung bezogene geringe Höhe der Beschäftigten findet auf diese Weise die weitaus beste Erklärung. Wenn nun der Bürgerläge oder der Landmann heute hinter das veilicht seine Einkünfte und wir dabei das Defizit der Preise der Preise gegen früher beschreiben, was liegt dann näher, als zu glauben, daß die Arbeiterlöhne der Arbeiter, die zum Jahre 1917 voranzogen, die Schuld an den erhöhten Preisen tragen. Diese falschen und tief eingewurzelten Vorstellungen zu widerlegen, ist für den Einzelnen oft schwer. Hier können wir nur die Gewerkschaftsorganisationen mit Erfolg bitten, die Grundlagen dazu wieder einzubringen und diesen eine gute öffentliche Meinung zu schaffen.

Reich großen Wert auf eine solche Statistik hat, haben wir erst kürzlich gesehen, als der Reichsarbeiterverband mit seiner Lohnstatistik die Mär von den Arbeiterlöhnen in der Baugewerbeindustrie überlegte. Die Statistik des Reichsarbeiterverbandes

konnte nicht ignoriert werden, weil der Kreis der Beteiligten außerordentlich groß war. Nach der Zahl der umfassen Personen dürfte die Lohnstatistik genannten Verbandes die größte sein, die wir bis jetzt aufzuweisen haben. Der ganze deutsche Arbeitermarkt hat sich mit jener statistischen Aufstellung beschäftigt. Sie und da wurde zwar versucht, die Statistik zu widerlegen, einzelne Zeitungen gingen sogar so weit, die Ehrlichkeit der gewerkschaftlichen Lohnhebungen überhaupt anzuzweifeln; doch vergebens. Die Bemühungen des Reichsarbeiterverbandes waren von Erfolg gekrönt. Die Statistik hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Es liegt in unserem ureigensten Interesse, die Wahrheit über die Löhne festzustellen und dann aber auch in der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Im dies mit Erfolg durchzuführen zu können, ist eine gut geführte Lohnstatistik notwendig. Sehr erfreulich ist es daher, daß auch bei uns Steinarbeitern der Statistik die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es muß alles getan werden, das Interesse der Mitglieder an der Statistik zu heben. Notigen, daß die Statistik sachlich oder teilweise gar nicht ausgefüllt wird, müssen sich erübrigen. Wenn ein für die Geschichte dieses Krieges geschrieben wird, ist es nicht ausgeschlossen, daß der wirtschaftliche Teil viel umfangreicher ausfällt als der rein militärische Teil. Die jetzt bezahlten Kriegslöhne werden dabei viel besprochen werden. Es kann daher gar keinen Zweifel unterliegen, daß die Führung einer Sozialstatistik für die Gewerkschaften zur Notwendigkeit geworden ist. Ganz verkehrt wäre es anzunehmen, daß eine Statistik jetzt nur bei der Herausholung der Teuerungszulagen von Wichtigkeit ist. Auch bei all unseren späteren Aktionen wird uns unsere Statistik unerschöpfliche Dienste leisten. Mag es sich um Lohnforderungen oder Unfallschutz, um Berufskrankheiten oder um die Sterblichkeit im Beruf handeln, überall werden wir gezwungen sein, auf unsere Statistik zurückzugreifen. Besonders bei Petitionen und Eingaben an Behörden wird die Statistik ein sehr gewichtiges Wort mitzusprechen haben. Strecken wir unsere Fühler auch etwas in die Zukunft. Für die Zeit des Wiederaufbaus der Friedenswirtschaft werden auch von der Regierung wirtschaftliche Kämpfe erwartet. Begründet werden diese Kämpfe mit dem zu erwartenden gewaltigen Lohnsturz. Um diesen Kämpfen etwas vorzubeugen, hat die Regierung das Arbeitslammeregesetz eingebracht. Schon vier Jahrzehnte erstreben wir die Errichtung von Arbeiterkammern. Ob Arbeiter- oder Arbeiterkammern, darüber waren auch bei uns die Ansichten geteilt. Der Regierungsentwurf lautet nun auf die Errichtung von Arbeiterkammern. Mag nun das kommende Gesetz den Namen nach heißen wie es will, fest steht für uns heute schon, daß bei der Vertretung unserer Interessen vor den Arbeiterkammern, die statistischen Unterlagen unentbehrlich sind. Wir müssen jedenfalls alles tun, um den großen Anforderungen, die die Zukunft an uns stellt, gerecht zu werden. Dazu gehört auch die Statistik. Sie muß bei uns um so mehr gepflegt werden als bei der Ausfüllung nebenbeiwertige Arbeit doch nicht in Frage kommt. Diese Arbeit ist jedem einzelnen so leicht wie möglich gemacht. 55 Proz. unserer Mitglieder dominieren bekanntlich in ländlichen Distrikten. Die Löhne sind dort durchwegs nicht die höchsten. Von der während des Krieges herausgefallenen Teuerungszulagen wird gerade für diesen großen Prozentsatz unserer Kollegen das wenigste Fett im Käse geblieben sein. Hier kann also nur tatkräftige Aufklärung auf Grund eines unangenehmen Materials Erfolg zeitigen. Das ganze Organisationswesen der Unternehmer ist heute auf die Vorbereitung der großen Zukunftsaufgaben eingestellt. Den Kernpunkt bildet unbestreitbar die Lohnfrage. Wir können heute konstatieren, daß die früheren Interessengegenstände im Unternehmerlager vor der heutigen Lohnfrage zurücktreten. An diesen Tatsachen dürfen wir nicht achtlos vorbeigehen. Wir müssen daraus lernen und unsere Vorarbeiten dementsprechend einrichten. In diesen Vorarbeiten gehört auch die Statistik schon deshalb, weil sie nicht nur mit den jetzigen Teuerungszulagen, sondern auch mit allen späteren Lohnbewegungen im engen Zusammenhang steht. Tragen wir also auch hier ein jeder sein Teil dazu bei, unseren Organisationskörper so gesund wie möglich zu erhalten. Nur eine gesunde und kräftige Organisation wird in der Lage sein, die schweren Aufgaben der Zukunft zur vollen Zufriedenheit der Mitglieder zu erfüllen. Im übrigen wünsche ich dem Leipziger Verbandstag den besten Erfolg.

Westfront.

Christijan Schmidt.

Arbeiterklasse und Uebergangswirtschaft.

Die Arbeiterforderungen zur Uebergangswirtschaft faßt das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften programmatisch dahin zusammen, daß die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen und ihre politische Interessenvertretung mit aller Kraft wirken müßten, 1. die Sozialisierung der gesamten Wirtschaften fördernd, 2. den Einfluß der Arbeiter und Angestellten in Verwaltung und Aufsicht aller Wirtschaftsorgane sicherstellend, 3. die rechtliche und soziale Stellung der Arbeiter und Angestellten ausgleichend, 4. den Arbeiterschutz u. jenseitlich fördernd und verbessernd und 5. die politischen Rechte des werktätigen Volkes in Reich, Staat und Gemeinde erweiternd.

Diese Richtlinien, namentlich der ausschlaggebende erste Punkt, entspringen der Erkenntnis, daß der Krieg die Periode des ungehemmten freien Spiels der Kräfte zum Abschluss gebracht hat. Der Staat hat, gezwungen durch die Verhältnisse, die Aufgaben eines Wirtschaftsamt übernommen, und die Entwicklung führt in gerader Linie zur unmittelbaren Leitung der gesamten Wirtschaft durch den Staat. Dieser Wechsel der Wirtschaftsverhältnisse ist zusammen mit einer grundlegenden Veränderung der Stellung der Arbeiterklasse zum Staat. Wenn sozialdemokratische Reichstagsfraktion und Leitung der Gewerkschaften seit Kriegsbeginn auf dem Boden der Landesverteidigung stehen, so ist es in der Erkenntnis, daß das deutsche Volk einen Existenzkampf führte, daß es galt, dem Vernichtungswillen der vereinten Gegner die geschlossene Abwehrkraft des ganzen Volkes entgegenzusetzen, um Deutschlands militärische Niederwerfung, politische Zerstückelung und wirtschaftliche Großverfall zu verhindern. Dem Staat, den man der Verteidigung und Erhaltung für wert erachtete, konnte man nicht länger abnehmend gegenüberstehen: an Stelle der bloß negierenden staatsfürzenden Politik mußte die Staatsauf- und ausübende Arbeit treten. Dieser Schritt entgegen kam die Anerkennung der Gewerkschaften durch den Staat, die in der Zulassung des Deutschen Eisenbahnerverbandes ihren klarsten Ausdruck fand.

Die Forderungen für die Uebergangswirtschaft, welche dieser Gedankenrichtung entsprechen, wurden bereits im Jahre 1917 von allen Gewerkschaftsrichtungen dem Reichstag unterbreitet. Der Reichstagsauschuß für Handel und Gewerbe erörterte sie eingehend und stimmte in Form von Resolutionen ihnen im wesentlichen zu. Insbesondere forderte der Reichstag die Demobilisierung aller Wehrpflichtigen, sobald das militärische Interesse sie gestattet, den Einstellungszwang für die Kriegsbefähigten, das Verbot der Anrechnung der Rente auf den Lohn, die reichsgesetzliche Ordnung der Arbeitsvermittlung, auch für die Landwirtschaft, die Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln für Heeres- und Hilfsdienstpflichtigen; endlich die Heranziehung von Vertretern der Arbeiter und Angestellten für die Sachauschüsse der Uebergangswirtschaft. Auf der anderen Seite legte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lebhaft für die Bundesratsverordnung zur Uebergangswirtschaft, zunächst für den Organisationsplan der Textilindustrie, ein, während die Interessenten sich vielfach dagegen sträubten.

Das bisherige Gesamtergebnis dieser Bemühungen um die Uebergangswirtschaft faßt der Reichstagsauschuß Otto Schumann in der neuesten Nummer des Korrespondenzblattes dahin zusammen, daß vielversprechende Anfänge vorliegen und daß es vor allem gelingen sei, den Arbeiterlöhnen, daß die Arbeiterlöhne nicht auf die „reinen“ Arbeiterlöhne beschränkt werden sollen: es wurde vielmehr anerkannt, daß jede Wirtschaftsfrage, Rohstoffbeschaffung, Fabrik und alle Einzelheiten der Erzeugung der Arbeiterlöhne und ihre Vertreter in außerordentlich hohem Maße angeht. Der deutsche Arbeiter weiß, daß Otto Schumann, welche Bedeutung die deutsche Industrie und der deutsche Weltmarkt für seine ganze fernere Existenz haben. Und deshalb will er mit läßt sein am Wiederaufbau unserer gesamten Wirtschaft, auf allen Gebieten als gleichberechtigter Partner entsprechend seiner Bedeutung im deutschen Wirtschaftsleben.